

Beschluss des 6. Verbandstages des VKSG - 24. April 2010

Der Verband der Kleingärtner, Siedler und Grundstücksnutzer vertritt die Rechte und Interessen von Kleingärtnern, Nutzern von Erholungsgrundstücken und Eigentümern von Garagen auf fremdem Grund und Boden.

Wesentliche Aufgabe des Verbandes ist es, sich für den Erhalt und die dauerhafte Sicherung der Kleingartenanlagen auf der Grundlage des Bundeskleingartengesetzes, für die Sicherung sozial verträglicher Lösungen für die Pacht- und Nutzungsverhältnisse von Grundstücken sowie für den Erhalt und die Sicherung der Bestands-, Besitz- und Eigentumsrechte seiner Mitglieder einzusetzen.

Dazu beschließt der Verbandstag das folgende:

I.

Förderung des Kleingartenwesens, Schutz, Erhaltung und Weiterentwicklung der Kleingartenanlagen sowie ihre städtebauliche Eingliederung in die Flächennutzungs-, Stadtentwicklungs- und Landschaftsplanung.

Das Präsidium des VKSG, die Territorialverbände und Vorstände der Vereine setzen sich dafür ein, dass

- durch die Landesparlamente die Förderung und der Schutz des Kleingartenwesens als wichtige Aufgabe der Gesellschaft in den Landesverfassungen verankert wird;
- von den Kommunen detaillierte Kleingartenentwicklungspläne erarbeitet und entsprechend dem jeweiligen Entwicklungsstand fortgeschrieben werden;
- die Kleingartenanlagen, als Teil der Freizeit-, Erholungs- und Grünflächen, in die kommunale Planung stärker einbezogen und rechtlich in ihrem Bestand dauerhaft gesichert werden sowie gegebenenfalls nach den örtlichen Möglichkeiten durch die Kommunen weitere Flächen zur Bildung von Kleingartenanlagen zur Verfügung gestellt werden;
- Grundstücksspekulationen mit Kleingartenland unterbunden werden und entsprechend dem Baugesetzbuch Regelungen zum Erhalt bestehender Kleingartenanlagen durch die Kommunen durchgesetzt werden;
- eine Befreiung der Kleingartenanlagen von den ständig steigenden öffentlich-rechtlichen Lasten durch die Kommunen erfolgt.

- auf die Ausarbeitung und Diskussion zum Berliner Klimaschutzgesetz Einfluss genommen wird, um zu erreichen, dass die finanziellen Belastungen durch die vom Gesetz geforderte Einführung erneuerbarer Energie zur Beheizung für die Dauerbewohner in den Kleingartenanlagen und auf Wochenendgrundstücken sozial angemessen und bezahlbar sind.

- in den Kleingartenbeiräten der Länder, Kreise und Städte Vertreter des VKSG und seiner Untergliederungen mitarbeiten können.

II.

Vertretung der Interessen der Nutzer von Erholungsgrundstücken und Eigentümern von Garagen auf fremden Grund und Boden für den Schutz ihres Eigentums und die dauerhafte Gewährleistung von sozialverträglichen Nutzungsbedingungen

Unsere Nutzer von Erholungsgrundstücken und Garageneigentümer sind ständig steigenden finanziellen Belastungen, wie Erhöhungen der Nutzungsentgelte, Erhebung von Zweitwohnungs- und Grundsteuer, Gebühren und Beiträgen ausgesetzt. Dazu kommen auch noch zusätzlich die regelmäßig wiederkehrenden öffentlichen Lasten, die grundstücksbezogenen Benutzungsgebühren sowie die anteilige Erstattung der grundstücksbezogenen erhobenen Erschließungsgebühren.

Ein immer größer werdender Teil unserer Mitglieder in den Vereinen will aus diesen sowie gesundheitlichen und Altersgründen das Nutzungsverhältnis aufgeben. Andererseits gibt es, wengleich auch nur bei einem geringeren Teil jüngerer Familien ein Interesse an der Pacht von Erholungsgrundstücken.

Durch den Verband und seine Vereine sind künftig folgende Initiativen zu entwickeln und Aufgaben zu lösen:

- Durch die Rechtskommission sind kurzfristig in einem Sonderdruck der Mitteilungen des VKSG-Verbandsbote-Erläuterungen zu Rechtsbehelfen und Antragsmöglichkeiten gegen kommunale Abgabenbescheide und zu den verschiedenen rechtlich möglichen Formen von Vertragsbeendigungen mit entsprechenden Mustern zu veröffentlichen.
- Die Sprechstunden für die Kleingärtner, Nutzer von Erholungsgrundstücken und Garageneigentümer werden unter der Verantwortung der Rechtskommission sowie Unterstützung durch das Präsidium des VKSG weiter kontinuierlich durchgeführt und die interessierten Mitglieder vor allem bei Steuer-, Gebühren- und Rechtsfragen sowie bei Veränderungen der Verträge und Entschädigungsforderungen nach Beendigung von Nutzungsverträgen beraten und mit den Möglichkeiten des Verbandes unterstützt.
- Es wird verstärkt darauf Einfluss genommen, dass Erholungsgrundstücke auch nach Vertragsbeendigung bzw. Beendigung der Kündigungsschutzfristen weiter zur Erholung genutzt werden können und den Betroffenen bei Vereinbarungen zu Vertragsergänzungen bzw. Neuverträgen mit angemessenen Nutzungsentgelten und Kündigungsfristen sowie Hinwirkung auf insgesamt sozialverträgliche Bedingungen Hilfe gegeben wird.
- Auf die im Land Brandenburg vorgesehene Regelung für die Nutzung von Wochenendhäusern zum Dauerwohnen Einfluss zu nehmen, dass die Interessen der Mehrheit von Nutzern gewahrt bleiben und ein Nicht übertragbarer Bestandsschutz als Einzelfallregelung angestrebt wird.
- Bei den angestrebten Länderregelungen zur Erhebung von Beiträgen für bereits vor 1990 durchgeführte Anschlüsse in Berlin und Brandenburg ist darauf hinzuwirken,

dass die Altanschlusser nicht mit Beiträgen belastet werden, die bereits aus Steuergeldern der DDR Bürger bezahlt wurden.

- Garagenvereine werden dahingehend unterstützt, dass ihre Verträge nicht gekündigt und erforderlichenfalls ausdrücklich verlängert sowie ihre Garagenkomplexe als Nutzungsart in den Flächennutzungsplänen festgeschrieben werden und bei beabsichtigtem Kauf oder dem Abschluss von Erbbaurechtsverträgen Rechtshilfe gewährt wird.

III.

Aufgaben zur Festigung und Weiterentwicklung des Verbandes

- Das Präsidium des VKSG führt regelmäßig Beratungen, in der Regel in Abständen von zwei Monaten, zu Grundsatzfragen und zu aktuellen Fragen des Verbandes und der Rechte und Interessen der Mitgliedsvereine und ihrer Mitglieder und zieht zu Einzelfragen erforderlichenfalls Spezialisten hinzu.
- Das Präsidium des VKSG organisiert zweimal jährlich Tagungen des Verbandsrates gemäß Satzung des VKSG zu bedeutsamen Schwerpunkten und Brennpunkten der Arbeit.
- Die Gewinnung neuer Vereine und einzelner Nutzer für den Verband wird aktiviert und deren Bedingungen für die Mitgliedschaft durch Satzungsänderungen, insbesondere durch neue Regelungen beim Beobachterstatus besser entsprochen.
- Die Einflussnahme auf Parlamente und kommunale Behörden wird verstärkt und die Anhörberechtigung im Deutschen Bundestag weiter wahrgenommen sowie erforderlichenfalls weitere Rechts- oder andere Initiativen organisiert. Dazu wird die Öffentlichkeitsarbeit verstärkt und die guten Erfahrungen im Internet werden weiter genutzt und ausgebaut.